

Malta, Türkei, Zypern

HEINZ-JÜRGEN AXT

Das Mittelmeer und insbesondere sein östlicher Teil ist unvermindert ein Raum von Spannungen und eine Quelle für immer wieder aufbrechende Konflikte. So haben sich Griechenland und die Türkei um eine kleine unbewohnte Felseninsel (Imia/Kardak) einen Streit geliefert, der beinahe zur Anwendung von Waffengewalt geführt hätte.¹ Auf Zypern ist der Volksgruppenkonflikt durch nationalistische Kräfte angeheizt worden. Tote entlang der Demarkationslinie zwischen dem türkischen und dem griechischen Teil Zyperns sind zu beklagen. Die Europäische Union hat sich in jüngerer Vergangenheit mit erhöhter Aufmerksamkeit dem Mittelmeer und seinen Anrainern zugewandt: Am 27./28. November 1995 fand die Mittelmeerkonferenz der EU in Barcelona und am 15./16. April 1997 die Folgekonferenz auf Malta statt. Dennoch wäre es übertrieben, in der EU bereits einen wirksamen Konfliktmanager zu sehen. Im östlichen Mittelmeer überläßt die EU diese Aufgabe anderen Akteuren – wie den Vereinigten Staaten oder den Vereinten Nationen. Es waren auch die USA, die in der kritischen Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1996 den sich zuspitzenden Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei bändigen mußten und dafür sorgten, daß die in Alarmbereitschaft versetzten Kriegsschiffe der beiden NATO-Länder abdrehten. Die EU blieb untätig.

Gleichwohl drängen die Mittelmeerstaaten auf verstärkte Kooperation mit der EU, und streben einige von ihnen nach der Mitgliedschaft in der Union. Der Beitritt zur EU wird dabei allerdings in zunehmendem Maße zum Gegenstand sich polarisierender Kontroversen. In der Türkei versuchen führende Politiker, einen EU-Beitritt dadurch zu erzwingen, daß sie mit einem Veto gegen die NATO-Osterweiterung drohen. In diesem Sinne waren sowohl Außenministerin Çiller als auch Ministerpräsident Erbakan zu vernehmen.² Während sich in der EU die Stimmen gegen einen türkischen EU-Beitritt mehren, drängen die Vereinigten Staaten nachhaltig aus strategischen Gründen darauf.³ Auf der Insel Zypern ist die kontroverse Haltung beider Volksgruppen – besser ihrer politischen Repräsentanten – unverändert: Die griechischen Zyprioten sind für und die türkischen gegen die EU-Mitgliedschaft. Und in Malta ist der Antrag auf den Beitritt zur EU nach dem Wahlsieg der Labour Party unter Alfred Sant vom Oktober 1996 erst einmal auf Eis gelegt worden.

Türkei: Islamisierung von Staatsapparat und Gesellschaft

Am 24. Dezember 1995 hatte die Türkei gewählt und die Islamisten von der Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) unter Necmettin Erbakan mit gut 21% zur stärksten politischen Kraft gemacht. Der Wahlkampf der Wohlfahrtspartei war strikt antiwestlich

ausgerichtet. Statt des kemalistischen Staatsmodelles wollte man an osmanische Traditionen und das Kalifat anknüpfen. Weil die Mutterlandspartei (ANAP) unter Führung von Mesut Yılmaz und die Partei des rechten Weges (DYP) von Tansu Çiller jeweils nur rund 19% erhielten, stellte sich die Regierungsbildung äußerst kompliziert dar. Erst Anfang März 1996 kam es zu der von Wirtschaftskreisen und dem Militär gewünschten Koalition zwischen DYP und ANAP, die indessen nur von kurzer Dauer war. Das Bündnis gegen die Islamisten scheiterte bereits drei Monate später. Am 6. Juni trat Regierungschef Yılmaz von seinem Amt zurück und machte damit den Weg frei für die Regierungsbeteiligung der Refah Partisi. Ende Juni einigten sich Erbakan und Çiller auf eine Koalitionsregierung. Damit erhielt die Türkei den ersten islamistischen Ministerpräsidenten seit der Gründung der Türkischen Republik 1923. Die Regierungszusammenarbeit wurde auf vier Jahre festgelegt. In den beiden ersten Jahren sollte Erbakan und anschließend Çiller das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen. Çiller kam die Regierungsbeteiligung auch deswegen gelegen, weil sie sich damit den Folgen von drei gegen sie gerichtete parlamentarische Untersuchungsverfahren wegen angeblicher Korruption entziehen konnte.⁴

Als Erbakan im Parlament seine Regierungserklärung vortrug, enthielt diese wenig, was an die Wahlkampfparolen der Islamisten erinnert hätte. Der Laizismus wurde ebensowenig in Frage gestellt wie die Gültigkeit der kemalistischen Prinzipien. In der Außenpolitik wurde die Einhaltung aller von der Türkei unterzeichneten Verträge und Abkommen angekündigt. Die zuvor noch strikt abgelehnte Zollunion mit der EU sollte nun weiterentwickelt werden. Die Mitgliedschaft der Türkei in der EU wurde in der Regierungserklärung allerdings nur in vagen Formulierungen angesprochen, was auf Dissonanzen der Koalitionspartner in dieser Frage schließen läßt. Die neue Regierung gewann zwar die Vertrauensabstimmung im Parlament am 8. Juli, doch in den Reihen der DYP machte sich bemerkbar, daß man die Wende von Çiller hin zu den Islamisten nicht nachvollziehen wollte. Als einer der ersten „Rebellen“ votierte der frühere Außenminister der DYP Gönensay mit „Nein“.

Daß Erbakan als Ziel seiner ersten Auslandsreise am 9. August nicht einen NATO-Staat sondern ausgerechnet den Iran wählte, ist im Westen auf erhebliche Kritik gestoßen. Am 5. August hatte der amerikanische Präsident ein neues Sanktionsgesetz gegen den Iran unterzeichnet. Erbakans Besuchsdiplomatie war zwar ein Affront für den Westen, substantiell ging damit aber keine grundsätzliche Neuorientierung türkischer Außenpolitik einher.⁵ Man muß wohl eher von einem Stück Symbolismus, adressiert an die eigenen Wähler, ausgehen.⁶ Wie wenig konsistent Erbakans Diplomatie ist, zeigte sich spätestens bei der Schlappe, die er sich bei seiner nächsten Auslandsreise nach Libyen im Oktober 1996 einfiel. Anstatt diese Reise als Verwirklichung einer islamistisch orientierten Außenpolitik ausgeben zu können, mußte sich Erbakan beim Treffen mit dem libyschen Staatschef Ghadaffi anhören, daß die Zukunft der Türkei nicht in der NATO-Mitgliedschaft liege, und

daß die Türkei aufhören müsse, die Kurden zu quälen. Daß Ankara mit dem „zionistischen Feind“ Israel zusammenarbeite, sei ebenfalls nicht hinnehmbar.⁷

Beendigung der Islamisten-Regierung durch die Militärs?

Nichts deutet darauf hin, daß die Türkei aus der NATO austreten und die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft aufgeben wird. Dagegen mehren sich die Anzeichen, daß im gesellschaftlich-politischen Bereich die islamistischen Kräfte auf dem Vormarsch sind. Dies betrifft vor allem den öffentlichen Dienst und den Staatsapparat. Bei Neubesetzungen will Erbakan bis zu 250.000 Gefolgsleute der Wohlfahrtspartei im Beamtenapparat unterbringen.⁸ Im Erziehungs- und Bildungswesen einschließlich der Universitäten ist das Bemühen der Islamisten um verstärkten Einfluß besonders spürbar. Allerdings mehren sich auch die Zeichen innenpolitischer Opposition gegen den Islamisierungskurs. Aus Anlaß des 58. Todestages von Kemal Atatürk gab es zum Beispiel am 10. November 1996 eine machtvolle Demonstration laizistischer Kräfte in Ankara. Wenig später folgte im Februar 1997 eine Demonstration von mehr als 20.000 Frauen in Ankara, die sich gegen den wachsenden Einfluß der Islamisten und besonders gegen das Tragen eines Kopftuches (türban) aussprachen. Der entschiedenste Gegner der Islamisten ist indessen das Militär, das sich als Hüter des kemalistischen Erbes begreift. Die Armeeführung hat Erbakan 1996 in 119 Fällen gedrängt, seine Unterschrift unter Dekrete zur Entlassung von Offizieren und Unteroffizieren zu setzen, denen zumeist islamistische Umtriebe zur Last gelegt worden waren.⁹ Im Frühjahr 1997 schließlich setzte das Militär die Regierung Erbakan derart unter Druck, daß etliche Abgeordnete die DYP verließen und die Koalition ihre Mehrheit im Parlament verlor. Erbakan beugte sich zwar den Forderungen des Nationalen Sicherheitsrates und unterschrieb auch eine ihm von den Militärs vorgelegte Liste mit 20 Forderungen zur Erhaltung einer säkularistischen Türkei, vorgezogene Wahlen oder eine Regierungsneubildung schienen im Mai 1997 allerdings unvermeidbar.

Am 18. September forderte das Europäische Parlament den Rat und die Kommission in einer von allen neun politischen Gruppierungen – mit Ausnahme der extremen Rechten – unterstützten Entschließung zur Sperrung aller finanziellen Mittel für die Türkei auf. Eine Freigabe der Mittel solle erst erfolgen, wenn sich bei der Menschenrechtslage, der Demokratisierung, in der Zypernfrage und beim Kurdenproblem Verbesserungen zeigten.¹⁰ Zwar ist die Haltung des Europäischen Parlamentes – nicht zuletzt wegen hier besonders aktiver griechischer Abgeordneter – traditionell kritisch gegenüber der Türkei eingestellt, doch scheint die Türkei insgesamt an Rückhalt in der EU zu verlieren. Auf einem Treffen der Vorsitzenden der zumeist christlich-demokratischen Parteien, die sich zur Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengeschlossen haben, hat der frühere belgische Ministerpräsident Martens am 5. März 1997 erklärt, die Türkei sei weder kurz- noch langfristig ein Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU.¹¹ An dem Treffen hatten Bun-

deskanzler Kohl, der spanische Ministerpräsident Aznar und der italienische Ministerpräsident Prodi teilgenommen.

Nachdem die Zollunion mit der EU zum 1. Januar 1996 in Kraft getreten ist, wendet die Türkei auch den Gemeinsamen Außentarif der EU an. Die türkische Textilindustrie kritisiert seit dieser Zeit, daß sich die Importe für wichtige Vorprodukte verteuert und die Ausfuhren in die EU wegen der dortigen Nachfrageschwäche wenig positiv entwickelt haben. Um dem zu begegnen, hat das türkische Staatssekretariat Präferenzabkommen und Freihandelsverträge mit Entwicklungsländern vorbereitet, die der eigenen Industrie zugute kommen sollen.¹² Insgesamt hat die Zollunion zu erheblichen Belastungen für die Türkei geführt: Das Land muß den Verlust von Zolleinnahmen in Höhe von 2,6 Mrd. Dollar und hohe Importsteigerungen aus den Ländern der EU verkraften. Allein Deutschland hat seine Ausfuhren in die Türkei seit Beginn des Jahres 1996 um 60% steigern können. Umgekehrt konnte die Türkei ihre Exporte nicht im erwünschten Ausmaß steigern.¹³ Im Falle der Türkei wiederholt sich, was bereits bei der Süderweiterung der EG um Griechenland, Spanien und Portugal zu beobachten war. Im Falle der Türkei kommt erschwerend hinzu, daß die der Türkei von der EU zugesagten Finanzhilfen wegen des Vetos Griechenlands nicht ausgezahlt werden können.¹⁴

Zypern: die EU in der Falle vorbehaltloser Beitrittszusagen?

Die Hoffnung, daß sich durch die Eröffnung der EU-Beitrittsperspektive die Chancen zur Beilegung des Konfliktes auf Zypern erhöhen, hat sich bislang nicht erfüllt. Damit gerät die EU in ein doppeltes Dilemma: Zum einen wird sie vornehmlich von griechischen Zypern und Griechenland beim Wort genommen, der zugesagten Eröffnung von Beitrittsverhandlungen sechs Monate nach Beendigung der Regierungskonferenz von 1996 auch Taten folgen zu lassen.¹⁵ Damit ist nicht auszuschießen, daß eine geteilte Insel der EU beitrifft. Zum anderen ziehen einige Politiker, um gerade diese Entwicklung zu verhindern, die „Notbremse“ und machen die Lösung des Zypernkonfliktes zur Vorbedingung des Beitrittes. So erklärte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel in einem Interview mit der griechischen Tageszeitung *Kathimerini* am 27. Januar 1997: „Der Erfolg von Beitrittsverhandlungen kann nur gewährleistet werden, wenn die Zypernfrage gelöst wird... Wir wollen das Zypernproblem nicht in die EU importieren“.¹⁶ Ähnlich äußerte sich auch der ehemalige Präsident des Europäischen Parlamentes Klaus Hänsch,¹⁷ und auch in Großbritannien, Frankreich und Österreich findet diese Argumentation Unterstützung.¹⁸ Weil die Konfliktlösung als Kondition des Beitrittes von den Europäischen Räten in Cannes im Juni und in Madrid im Dezember 1996 aufgegeben wurde, fallen die zitierten politischen Kräfte in der EU hinter gegebene Zusagen zurück. Es droht der Union ein beträchtlicher Glaubwürdigkeitsverlust. Die Lage kompliziert sich für die EU auch noch dadurch, daß ihr Bemühen, auch mit den türkischen Zypern die Kontakte zu intensivieren, um sie von den Vorteilen der EU-Mitglied-

schaft zu überzeugen, bei der politischen Führung im Nordteil Zyperns auf Ablehnung stößt.¹⁹

Die zunehmenden Bedenken gegen eine EU-Aufnahme Zyperns ohne vorherige Lösung des Volksgruppenkonfliktes sind durch zwei Entwicklungen verstärkt worden: Zum einen kam es im Laufe des Jahres 1996 wiederholt zu Gewalttätigkeiten an der innerzyprischen Demarkationslinie, bei denen vier griechisch-zyprische Zivilisten und zwei türkische Soldaten als Tote zu beklagen waren. Sicher kann dieser Umstand nicht als Argument dafür dienen, daß die Volksgruppen prinzipiell nicht friedlich zusammenleben können, doch kann es für die EU auch nicht gerade beruhigend wirken, daß sich solche gewalttätigen Zwischenfälle überhaupt ereignen können. Zum anderen ist die Ankündigung der Regierung der Republik Zypern vom Januar 1997 international auf wenig Verständnis gestoßen, daß man an der Westküste in der Nähe der Stadt Paphos Boden-Luft-Raketen zur Luftverteidigung installieren werde. Dies hat wenig zur notwendigen Vertrauensbildung zwischen den Kontrahenten auf Zypern beigetragen. Daß die Türkei dann sogar noch mit einem Militärschlag im Falle der Raketenstationierung gedroht hat, muß als Überreaktion verstanden werden, ist doch das türkische Festland von den Raketen gar nicht zu erreichen. Dieser Vorfall, der zwischenzeitlich durch die Ankündigung der griechisch-zyprischen Führung etwas entspannt wurde, man werde möglicherweise auf die Raketenstationierung verzichten,²⁰ sollte der EU deutlich gemacht haben, daß der Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen um und auf Zypern keineswegs auszuschließen ist.

Malta: EU-Beitrittsantrag auf Eis gelegt

Hatte der maltesische Außenminister de Marco im Februar 1996 noch die Vermutung geäußert, Malta könne möglicherweise früher als Zypern der EU beitreten, weil es keinen Volksgruppenkonflikt mit in die EU bringe, so haben die Wahlen in Malta dieser Kalkulation vorerst den Boden entzogen.²¹ Die Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1996 drehten die Ergebnisse der Wahlen von 1992 um: Hatten sich damals die Sozialdemokraten von der Malta Labour Party (MLP) 46,5% der Stimmen erhalten und mußten die Oppositionsrolle übernehmen, so erzielte die MLP 1996 mit knapp 51% die zur Regierungsbildung notwendige Mehrheit. Umgekehrt verlor die christdemokratische National Partei (PN) ihre Mehrheit von 1992 von über 51,7% und mußte sich 1996 auf 47,8% bescheiden. Die von der MLP abgespaltene Alternativa Demokratika (AD) hat sich nicht als dritte Kraft im Parteienspektrum etablieren können. Sie kam 1992 auf 1,7% und 1996 auf 1,5%. So wie im Wahlkampf angekündigt, hat die neue Regierung Maltas den EU-Beitrittsantrag zwar nicht offiziell zurückgenommen, wohl aber die weiteren Verhandlungen mit der EU über den Beitritt zunächst einmal ausgesetzt. Auch hat sich Malta aus der NATO-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ zurückgezogen. Anstatt der EU-Mitgliedschaft will die neue Regierung eine „besondere Beziehung“ Maltas zur Union entwickeln.²² Die Neutralität hat in Malta wieder Konjunktur.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland in ruhigerem Fahrwasser. Politische und ökonomische Perspektiven, FES-Analyse, Bonn 1997, S. 11ff.
- 2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7.2.1997, S. 2.
- 3 Vgl. u.a. Talbott, Steve: Unsere gemeinsamen Aufgaben. Warum Amerika die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union unterstützt, in: FAZ v. 26.5.1997, S. 10.
- 4 Vgl. FAZ v. 1.7.1996, S. 1/2.
- 5 Vgl. u.a. Sen, Faruk: Erbakan – ein „Wolf im Schafspelz“. Zur Außenpolitik der neuen türkischen Regierung, in: Internationale Politik 9 (1996), S. 53-56; Süddeutsche Zeitung v. 30.8.1996, S. 10; International Herald Tribune v. 12.8.1996, S. 7 und v. 27.8.1996, S. 8.
- 6 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 14.8.1996, S. 3.
- 7 Vgl. FAZ v. 8.10.1996, S. 7; Wall Street Journal v. 9.10.1996, S. 12.
- 8 Vgl. im Detail Sen, Faruk: Die gegenwärtige politische Lage in der Türkei unter der neuen Regierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11-12 (1997), S. 3-12.
- 9 Vgl. FAZ v. 6.8.1996, S. 4; FAZ v. 28.5.1997, S. 8.
- 10 Vgl. Europäische Zeitung, Oktober 1996, S. 4.
- 11 Vgl. FAZ v. 6.3.1997, S. 1.
- 12 Vgl. FAZ v. 29.6.1996, S. 14.
- 13 Vgl. Sen, Faruk: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU und die Auswirkungen der Zollunion auf die türkische Wirtschaft, in: Südosteuropa 4/5 (1996), S. 330-341.
- 14 Das betrifft die im Rahmen der Zollunion zugesagten EU-Finanzmittel. Die von der Barcelona-Konferenz zugesagten MEDA-Mittel können nach anfänglichem griechischem Veto, das dann aber zurückgenommen wurde, um nicht das gesamte MEDA-Programm zu torpedieren, an die Türkei ausbezahlt werden.
- 15 Von griechischer Seite wird in diesem Zusammenhang mit einem Veto gegen die Osterweiterung der EU gedroht, wenn Zypern nicht EU-Mitglied wird. Vgl. Agence Europe v. 26.2.1997, S. 8.
- 16 Hier zitiert nach der Übersetzung in der Athener Zeitung, v. 31.1.1997, S. 3.
- 17 Vgl. FAZ v. 20.3.1997, S. 2.
- 18 Vgl. NZZ v. 25.2.1997, S. 3.
- 19 Was freilich auch vom EU-Mitglied Griechenland kräftig gefördert wird. Ein Gemeinsamer Standpunkt der EU, wonach bei den Beitrittsverhandlungen auch der türkische Teil Zyperns einbezogen werden sollte, ist beim Assoziierungsrat EU-Republik Zypern am 25.2.1997 am Widerstand Griechenlands gescheitert. Vgl. Agence Europe v. 22.2.1997, S. 6; Athener Zeitung v. 28.2.1997, S. 1/3; FAZ v. 26.2.1997, S. 2.
- 20 Vgl. FAZ v. 28.5.1997, S. 9; The Times v. 25.10.1996, S. 14.
- 21 Zu den Äußerungen de Marcos vgl. FAZ v. 7.2.1996, S. 5; vgl. auch Agence Europe v. 10.2.1996, S. 2 und v. 9.2.1996, S. 7.
- 22 Vgl. Agence Europe v. 20.10.1996, S. 5.

Weiterführende Literatur

- Akkaya, Cigdem, Faruk Sen, Yasemin Özbek: Was will die Wohlfahrtspartei? Analyse einer religiösen Regierungspartei in der Türkei, in: Südosteuropa-Mitteilungen 3 (1996), S. 201-228.
- Axt, Heinz-Jürgen: Konflikttriade im östlichen Mittelmeer. Die Türkei, Griechenland und Zypern, in: Internationale Politik 2 (1996), S. 33-38.
- Axt, Heinz-Jürgen, Hansjörg Brey (Hrsg.): Cyprus and the European Union. New Chances for Solving an Old Conflict?, München 1997 (i.E.).
- Kramer, Heinz: Wie gefährlich ist eine Regierungsbeteiligung der Wohlfahrtspartei in der Türkei?, Stiftung Wissenschaft und Politik, KA 2964, Ebenhausen 1996.
- Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach 1996.
- Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11-12 (1997), S. 24-32.